

Österreichs Stadtbevölkerung in den letzten Jahren um 9 Prozent gewachsen

Österreichischer Städtebund und KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung
präsentieren „Österreichs Städte in Zahlen“

Wien, 13.05.2020 – Der Österreichische Städtebund hat heute gemeinsam mit dem KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung die Publikation „Österreichs Städte in Zahlen“ vorgelegt. Die Publikation wird alle zwei Jahre erstellt und liefert umfassende statistische Daten, die einerseits durch die Statistik Austria und andererseits durch eine umfassende Umfrage unter den Mitgliedsstädten des Österreichischen Städtebundes erhoben werden. Die wissenschaftliche Aufbereitung erfolgte durch das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Die Themenfelder reichen von der Bevölkerungsstatistik bis hin zu Gesundheitskennzahlen, von Umweltdaten bis hin zu Finanz- und Wirtschaftsdaten.

Hier die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Österreichs Städte wachsen weiter

In den zurückliegenden Jahren 2002 bis 2018 ist die Bevölkerungszahl in Österreich um 759.000 Menschen angewachsen, was einer Zunahme von 8,6 Prozent entspricht. In Zukunft wird das Bevölkerungswachstum zwar etwas moderater ausfallen, die Bevölkerung Österreichs wird aber dennoch bis 2040 um weitere 710.000 Menschen (+ 8,0 Prozent) wachsen. Dabei steigt die Zahl vor allem in den Städten: Auf die neun größten Städte – Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, Villach, Wels und St. Pölten – werden bis 2040 nahezu zwei Drittel des landesweit prognostizierten Bevölkerungswachstums entfallen. 90 Prozent des zukünftigen österreichischen Bevölkerungswachstums bis 2040 werden auf eine positive Migrationsbilanz (das ist die Differenz aus Zu- und Abwanderungen, und zwar aus dem In- und Ausland) zurückzuführen sein, und nur 10 Prozent auf eine insgesamt positive Geburtenbilanz (Differenz aus Geburten und Sterbefällen). Viele Regionen sind jedoch von Bevölkerungsrückgängen betroffen, vor allem in der Obersteiermark, in Oberkärnten und im nördlichen Niederösterreich.

Infrastruktur und Finanzierung

Mit dem starken Bevölkerungswachstum einher geht die Nachfrage nach einer ausreichenden und nachhaltigen Infrastruktur: Leistungen der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Wasserentsorgung, Kinderbetreuung und Schulplätze, Mobilität in der gesamten Region mit entsprechenden Verkehrsnetzen, Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), aber auch Freizeit- und Kultureinrichtungen, müssen in ausreichendem Maß vorhanden sein. Durch die steigende Mobilität der Wohnbevölkerung kommt es zudem zu starken Verflechtungen zwischen den Städten und ihren Umlandgemeinden. Eine stärkere Abstimmung zwischen den Städten und Gemeinden, aber auch von Regionen und Bundesland ist daher wichtiger als je zuvor.

Um funktionsfähige Stadtregionen zu schaffen und zu entwickeln ist ein abgestimmtes Vorgehen Grundlage des funktionierenden Systems von morgen. Moderne Governance-Strukturen müssen dabei implementiert werden und vor allem muss die Finanzierung

gewährleistet sein. Regionale Zentren und ihre demografischen Entwicklungen müssen daher auch im Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Verkehrs- und Mobilitätswende

In Klein- und Mittelstädten ist der Pkw nach wie vor als Verkehrsmittel Nummer 1. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) liegt hier durchschnittlich bei 55–60 Prozent. Im Vergleich dazu beträgt der durchschnittliche Anteil des MIV in den Landeshauptstädten etwa 40 Prozent. Eine Verkehrs- und Mobilitätswende hin zu umweltschonenderem Verkehr (Radverkehr, zu Fuß gehen, Elektromobilität) ist nur mit ausreichenden Budgetmitteln und infrastrukturelle Maßnahmen möglich.

Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Wegweiser für nachhaltigere Städte und Gemeinden ist die Agenda 2030 und deren 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Nachhaltigkeitsziel 11 hebt insbesondere das Zusammenspiel bei der Gestaltung von Wohnraum, Verkehrssystemen, Siedlungsplanung, Kultur- und Naturerbe, Katastrophenschutz, Umweltschutz sowie Grünflächen und öffentlichen Raum hervor. Die Publikation Österreichs Städte in Zahlen deckt zwar nicht vollständig alle Themenbereiche der Agenda 2030 ab, sie liefert aber zahlreiche Indikatoren zum Monitoring der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene.

Offene Daten

Die Publikation bezieht ihre Daten von öffentlichen Institutionen (wie der Statistik Austria, der Österreichischen Raumordnungskonferenz uvm.), von einer Erhebung unter den Ländern und einer Erhebung unter den 75 größten Städten. Beim Zusammentragen von Informationen über die Städte hat sich einmal mehr gezeigt, wie aufwändig es ist und bleibt, verlässliche und vergleichbare Daten zu den Städten bereitzustellen. Offene und frei verfügbare Daten würden die Arbeit enorm erleichtern und wären die beste Grundlage, um die Veränderungsdynamik der Städte und Gemeinden bei Planungsfragen zu berücksichtigen.

Die gesamte Publikation ist unter: www.staedtebund.gv.at/services/publikationen/staedte-in-zahlen/ verfügbar.

Rückfragen

Mag.^a Saskia Sautner
Österreichischer Städtebund
saskia.sautner@staedtebund.gv.at
T: +43 1 4000-89990
www.staedtebund.gv.at

Siegfried Fritz, Bakk.
KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
fritz@kdz.or.at
T: +43 1 8923492-17
www.kdz.or.at